

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaaltene Beilagen oder deren Raum 35 Pfg., Beilagen-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 24.

Dienstag, den 29. Januar 1918.

25. Jahrg.

Sie reden im Kreise . . .

Woran liegt es, daß man mit Trotsky nicht zu einer Einigung gelangt ist?

Gewisse Leute sind rasch bei der Hand mit der Erklärung, Trotsky wolle gar nicht ernstlich den Frieden; er ziehe absichtlich die Verhandlungen in die Länge, um inzwischen sein eigentliches Ziel, die proletarische Revolution in allen Ländern, zu fördern. Von denselben Leuten kann man dann im gleichen Atemzuge die Behauptung hören, Rußland müsse „unter allen Umständen“ den Frieden haben; die Bolschewiki sperren sich nur etwas; schlage man mit der Faust des Siegers auf den Tisch, so würden sie jeden Frieden fressen, den man ihnen biete.

Der Widerspruch dieser beiden Behauptungen liegt klar zutage. Keine, so schreibt Dr. Ed. David, ist richtig.

Was wollte Trotsky?

In erster Linie einen allgemeinen demokratischen Frieden, und falls er am Widerstand der Entente scheiterte, einen Sonderfrieden mit den Zentralmächten auf der Grundlage der russischen Plattform. Und einen solchen Frieden wollte er so rasch als möglich. Daran kann gar kein Zweifel sein für jeden, der sich die Situation der Bolschewiki-Regierung vergegenwärtigt. Lenin-Trotsky hatten über ihre Widersacher einzig und allein gefestigt mit der Parole: Sofortiger Friede! Der Abfall der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte von Kerenski, Tereschkenski, Tschewidze und Genossen hatte seinen Hauptgrund in deren immer zweifelhafter werdenden Haltung in Sachen des Friedens. Die russischen Volksmassen wollen den Frieden, und die junge Demokratie braucht ihn, um sich im Innern zu festigen und an die gewaltigen Kulturaufgaben gehen zu können, die ihrer harren.

Gelang es den Bolschewiki, dem schwer gequälten russischen Volke den ersehnten raschen und dabei ehrenvollen Frieden zu schaffen, so war ihre Stellung im Innern fürs erste gesichert, und sie gewannen Zeit, die tiefgreifenden sozialen und wirtschaftlichen Umgestaltungen, die in ihrem Programm stehen, mit Macht in Angriff zu nehmen. Der Jubel, mit dem der Abschluß des Waffenstillstandes und mehr noch die weit entgegenkommende gemeinsame Erklärung der Delegationen der Verbündeten am 25. Dezember in der Presse der Bolschewisten begrüßt wurden, beweist am besten ihren

ehrlichen Willen zu raschem Frieden.

Die Erklärungen, die Kühlmann dann am 28. Dezember hinsichtlich der Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes abgab, haben diesen Jubel jäh verstümmelt. Trotsky ging dann selbst nach Brest-Litowsk, um die schwierige Situation zu meistern. Die langwierigen Diskussionen haben sich immer nur um die eine Kernforderung der Russen gedreht: Sicherung einer wirklich freien Bekundung des Volkswillens in den besetzten Gebieten. Das ist nicht nur ein oberstes theoretisches Prinzip für die Russen; es ist eine praktisch politische Notwendigkeit für sie. Lösen sich die Westprovinzen aus freien Stücken auf Grund einer einwandfreien Willensbekundung vom russischen Reich ab, so ist das die Bedingung der Bolschewisten nicht ihren gegenwärtigen Widersachern gegenüber, sondern auch vor jeder anderen kommenden Machtbildung in Rußland. Geben sie aber jene Gebiete zugleich mit ihren Prinzipien preis, so diskreditieren sie sich restlos, und ihre Gegner haben leichtes Spiel.

Daraus versteht sich die Zähigkeit Trotskys bei den Verhandlungen über den Kardinalpunkt. Es ist nicht wahrscheinlich, daß er auf ausreichende Garantien für eine demokratisch einwandfreie Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes verzichtet. Angenommen aber, er beugte sich angesichts der Auflösung der russischen Front dem Zwange der Verhältnisse und nähme mit zusammengebissenen Zähnen einen Notfrieden an,

was hätte Deutschland damit gewonnen?

Selbst wenn die Bolschewiki auch dann noch am Ruder blieben, böte ein solcher Friede nicht die geringste Garantie der Dauer. Es wäre sogar nicht ausgeschlossen, daß die Russen noch während der Fortdauer des Krieges im Westen, sobald sie sich einigermaßen erholt hätten, und die Situation günstig erschiene, den Kampf von neuem aufnehmen. Nicht einmal die erstrebte militärische Entlastung im Osten wäre für uns erreicht. Und die Entente hätte in Rußland wieder Oberwasser. Die Bildung einer Regierung, die das alte Verhältnis zu ihr wiederherstellte, wäre wohl nur eine Frage kurzer Zeit. Die große Gelegenheit einer politischen und wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland und Rußland wäre verpaßt und die Weltkoalition gegen uns neu gefestigt.

Es ist aber, wie gesagt, wenig wahrscheinlich, daß die bolschewistischen Vertreter einen mit ihren Prinzipien und ihren Parteinteressen unvereinbaren Waffenfrieden schließen würden. Die Stimmung, welche die sozialrevolutionäre Mehrheit der Konstituante in ihrer einzigen Sitzung vor der Sprengung zum Ausdruck gebracht hat, macht das noch

unwahrscheinlicher. Alles spricht vielmehr dafür, daß Trotsky, wenn er keinen demokratisch-anehmbaren Frieden erlangen kann, unter klarer Herausstellung des Gegenjages der Auffassung mit härtestem Protest vor aller Welt die

Verhandlungen in Brest-Litowsk abbrechen

wird. Damit kann er in Rußland bestehen. Er würde sich rühmen können, die Grundsätze der Demokratie hochgehalten und sein möglichstes getan zu haben, um die Volksmassen in den Zentralstaaten zu revolutionisieren. Die Entente aber würde ihm dann gern goldene Brücken bauen.

So stehen die Dinge. Man sollte denken, jeder in Deutschland, der seine fünf gesunden Sinne zusammen hat, müsse daraus den einzig möglichen Schluß ziehen: also suchen wir zu einer raschen ehrlichen Verständigung über den Hauptstreitpunkt zu kommen. Eine wirklich unabhängige Bekundung des Volkswillens in Polen, Litauen und Lettland ist allen Beteiligten eine unentbehrliche Voraussetzung zur Schaffung guter, dauerhafter Zustände im Osten. Wollen beide Parteien ernstlich und aufrichtig dieses Ziel, dann kann und wird man sich über den Weg und die Garantien der Durchführung einigen.

Die Aufnahme der Reden Hertlings und Czernins im Ausland.

In Washingtoner amtlichen Kreisen herrscht die Ansicht, daß, soweit man nach den kurzen gefabelten Umrissen der Reden Hertlings und Czernins urteilen könne, kein wirklicher Fortschritt auf den schließlichen Frieden hin in ihren Erklärungen zu finden sei. Die Ausdrücke Czernins werden als versöhnlicher betrachtet, als seine früheren Äußerungen, aber über Hertling wird geurteilt, daß er sich unmaßgebiger und militäristischer zeige, als zur Zeit da er sein Amt übernahm. Abgesehen von unbestimmten Allgemeinheiten, so urteilt man, zeigten die Mittelmächte keine Neigung, ihre extremen Forderungen aufzugeben.

Die große Mehrheit der Pariser Presseorgane fand es zu unbequem, den Gedankengängen der im Hauptausschuß des Deutschen Reichstages, sowie in den österreichischen Delegationen gehaltenen Ministerreden genauer zu folgen. Sie verzichtete darauf, festzustellen, ob und wie weit die gegenwärtige Auffassung der Gesamtlage seitens Wilsons mit den Anschauungen Hertlings und Czernins in Einklang zu bringen wäre. Der „Matin“, die „Debats“ und das „Petit Journal“ begnügen sich damit, alles was in Berlin und Wien gesprochen worden ist, für Schaumschlägerei zu erklären. Dabei wird erklärt, Deutschland sei die Ursache, daß Oesterreich-Ungarn auf dem Wege der Zugeständnisse sich so schüchtern und zaghaft verhält. Sowohl der „Matin“ wie die „Debats“ finden, daß die Erklärungen der beiden Staatsmänner, wenn auch manchmal in der Form verschieden, so doch in den maßgebenden Richtlinien übereinstimmen. Wilson sei ein viel zu erfahrener Staatsmann, um durch so unbestimmte Zusagen, wie die Czernins, in sein Programm Breche legen zu lassen. Mit dem moralischen Ersolge, daß keine vierzehn Punkte bei den Mittelmächten einen erheblichen Eindruck gemacht haben, könne, meint der „Petit Parisien“, Wilson vorläufig zufriedensein.

Dieser Anschauung pflichtet die sozialistische „Humanität“ bei, die aus der Czerninschen Rede die Bestimmung zur Bildung einer Gesellschaft der Völker, sowie die österreichischen Pläne bezüglich der Wiederherstellung Polens hervorhebt. Noch weiter geht in dieser Richtung der „Temps“, der behauptet, daß Czernins Worte bezüglich Polens eine Perspektive eröffnen, die sich damit kennzeichnen lasse, das polnische Problem sei in die Sphäre der Weltpolitik gerückt, ohne daß Oesterreich sich entschieden gegen eine solche Veränderung auflehne.

Die italienische Presse verbirgt ihre Berlegenheit und Bestimmung über Czernins Appell an Wilson unter einer Flut üblischer Ausfälle, die sich auch gegen Hertling richten. Der „Corriere della Sera“ vergleicht Czernins Rede mit einem Florett, Hertlings Rede mit einem groben Säbel. Das führende Blatt Italiens ist von der „obskönen Art und Weise“, wie Czernin Wilson „den Hof mache“, geradezu entsetzt, versichert aber, daß die Welt trotz alledem das wahre Gesicht der österreichisch-ungarischen Hyäne“ kenne. Offenbar fürchten der „Corriere della Sera“ und seine Hintermänner, daß tatsächlich zwischen Wilson und Czernin eine Annäherung stattfinden könnte. Die Rede des Reichsanzalters tut der „Corriere“ als „Triumph des Militarismus und Annexionsismus“ ab, denen gegenüber es keinen anderen Weg gebe, als weiter zu kämpfen. Ebenso lauter das Urteil des offiziellen „Giornale d'Italia“. Es schreibt: Die Völker wissen, daß es für sie nur die Alternative

Graf Czernin hat den schwer beunruhigten österreichischen Völkern erklärt, er hafte und bürgte mit seiner Person dafür, daß er den Frieden an Eroberungsabsichten nicht scheitern lassen werde. Der allein berufenen Führer der Verhandlungen von deutscher Seite müßte die von der Reichsleitung früher abgegebenen Erklärungen verleugnen, wollte er zögern, eine ebenso einwandfreie Zusicherung zu geben. Auch das deutsche Volk muß die Gewißheit haben, daß unbeschadet des Geschreis der mehr als je sich vordrängenden alldutschen Gewaltpolitiker der klare und feste Wille, zu einem Frieden der Verständigung und dauernden Versöhnung zu kommen, in der Reichsleitung herrsche.

Leider hat die Rede, die der deutsche Reichsanzalt, Graf Hertling, am Donnerstag im Hauptausschuß des Reichstages gehalten, die Hoffnungen vollkommen enttäuscht, die in dieser Richtung an sie geknüpft wurden. Er ist in den wichtigsten Fragen einfach ausgewichen und hat diplomatische Worte gemacht, anstatt die eine entscheidende Tat zu vollziehen. Deshalb die scharfe Anklage Scheidemanns, die energisch alles unterstreicht, was in den obigen Darlegungen — vor der Hertling-Rede geschrieben wurde.

gibt: Sklaverei durch einen Hindenburg-Frieden oder Freiheit.“

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ faßt Hertlings Rede als eine nicht unhöfliche Aufforderung an den Ententestaaten auf, zu erklären, daß sie gewillt seien, die territoriale Integrität der Zentralmächte zu respektieren. Mit dieser Aufforderung sei ein nicht ausgesprochenes Versprechen verbunden, daß Deutschland in diesem Falle auf anderem Gebiete den Ententeforderungen Zugeständnisse machen werde.

Die Kriegslage.

Die Heeresberichte.

Wien, 28. Jan. abends. (Amtlich.) Zwischen Aftaab und der Brenta sind mit den italienischen Angriffen heftige Kämpfe entbrannt. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Wien, 28. Jan. (Amtlich.)

Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden steigerten sich die Artilleriekämpfe zeitweise zu größter Heftigkeit.

Frankreich und Belgien.

Um die Wiederherstellung Belgiens.

Die von uns mitgeteilte Antwort des Königs der Belgier an den Papst der belgischen Note vom 1. August 1917 wird ergänzt durch eine von der belgischen Regierung in Le Havre ausgearbeitete Note, worin es heißt: „Zu Beginn des Monats September hat die Regierung des Königs den Papst wissen lassen, sie müsse sich die Entscheidung über die Folgerungen vorbehalten, welche aus den in der Botschaft enthaltenen Vorschlägen gezogen werden könnten bis zu dem Zeitpunkt, wo die im Kriege mit Belgien befindlichen Mächte ihre Kriegsziele deutlich zu erkennen gegeben hätten. Die Regierung fügte hinzu, daß Belgien unter allen Umständen sich über die allgemeinen Friedensbedingungen und die Wiederherstellung der Beziehungen zwischen den Staaten nur in vollem Einverständnis mit den Garantienmächten der belgischen Unabhängigkeit aussprechen würde, welche der Ehrenpunkt ihrer Verpflichtungen gegenüber Belgien darstellt und deren Armeen mit der belgischen für die Sache des Rechts kämpfen. Es ist nichts geschehen, was die Lage, die in dem Augenblick bestand, wo die Regierung des Königs diese Auffassung dem Papst mitgeteilt hat, hätte ändern können. Dennoch ergreift Belgien bereitwillig die Gelegenheit, welche ihm der edle Schritt des Papstes gab, um im Angesicht der zivilisierten Welt das zu wiederholen, was es dem Präsidenten der Vereinigten Staaten vor nunmehr bald einem Jahre geschrieben hat: Vor dem deutschen Ultimatum an Belgien hatte Belgien nur den Wunsch, mit allen seinen Nachbarn in guten Beziehungen zu leben. Es übte gegen einen jeden von ihnen mit gewissenhafter Loyalität die Pflichten aus, welche ihm die Neutralität auferlegte. Wie wurde es durch Deutschland für das Vertrauen, welches es ihm bewies, gelohnt? Wenn es ein Land gibt, welches berechtigt ist zu sagen, daß es die Waffen für die Verteidigung seines Daseins ergriffen hat, so ist das sicherlich Belgien. Es wünscht leidenschaftlich, daß dem unerhörten Verden der Bevölkerung ein Ende gemacht werde, und es vermöchte nur einen Frieden anzunehmen, welcher ihm in gleicher Weise sicherte: Billige Gemüthungen und Sicherheit und Garantien für die Zukunft, Unerschütterlichkeit des internationalen und kolonialen belgischen Gebietes und eines politischen, wirtschaftlichen und militärischen Einflusses, der die Bedingungen und Beschränkungen, Gemüthungen für die erlittenen Schäden und Garantien gegen eine Wiederholung des Angriffs von 1914. Das bleiben die unerlässlichen Bedingungen eines dauerhaften

Friedens, soweit Belgien in Betracht kommt. Jede Regelung, die diese Bedingungen verlegen würde, würde die Grundlagen des Rechts selbst erschüttern, da es ja von da ab feststeht, daß auf internationalen Gebieten eine Verletzung des Rechts seinem Urheber einen Rechtsmittel schafft und eine Quelle der Ausbeutung werden könnte. Vor einem Jahre hat die Regierung des Königs die Bedingungen formuliert, an welche sie zu erinnern sich gestattet. Der Reichstag hat die sogenannte Friedensentscheidung angenommen, der Kanzler und die Minister der auswärtigen Angelegenheiten sind in Deutschland einander gefolgt, und erst unlangst haben die Mittelmächte Noten veröffentlicht und eine Antwort auf die Botschaft des Papstes. Aber ist jemals ein Wort gesprochen worden oder jemals eine Zeile geschrieben worden, welche die unverjährbaren Rechte glatt anerkennt hätte, welche Belgien immer von neuem feierlich verkündet hat?

Schon Scheidemann hat es als einen Mangel der jüngsten Reichstagsrede bezeichnet, daß sie sich nicht klar genug über Belgien äußerte. Nachdem nun diese Herausforderung der belgischen Regierung vorliegt, die völlig die eigene Schuld der belgischen Regierung an dem Unglück des Landes ignoriert, wird die deutsche Regierung ihre Au- und Abwärtigen hinsichtlich Belgiens rückhaltlos aussprechen müssen. Sie wird das hoffentlich so tun, daß die zivilisierte Welt ihr und nicht der belgischen Regierung recht geben muß.

Sozialistische Angriffe gegen das Kabinett Clemenceau.
In einer Rede in der Chambre zu Bordeaux griff Albert Thomas die Regierung heftig an, insofern wegen des Caillanz-Standals als auch wegen ihrer verfehlten russischen Politik. Thomas verlangte eine einheitliche diplomatische Aktion der Entente.

Rußland.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und Rumänien.
Nach einem Petersburger Zusatzprotokoll brach die Petersburger Regierung alle diplomatischen Beziehungen zu Rumänien ab. Die rumänische Gesandtschaft wird auf dem kürzesten Wege ins Ausland abgehoben. Der Goldschlag Rumäniens, der in Moskau liegt, wird als unanfechtbar für die rumänische Oligarchie erklärt. Die Käte-Regierung übernimmt für die Aufbewahrung dieses Goldes und die Uebergabe an das rumänische Volk die Verantwortung. — General Tschernawetz wird als Angehöriger des Geheimes festgehalten.

Das Vorgehen der Sozialisten gegen die Sozialrevolutionäre.
Sofel, 28. Januar. Hinas meldet aus Petersburg: Am 24. Januar wurden alle Mitglieder der sozialrevolutionären Komitees von Moskau und das sozialrevolutionäre Komitee der Provinz Moskau gefangen gesetzt.

Der Kampf zwischen Rumänen und Bulgaren.
Aus Odessa wird berichtet, daß rumänische Abteilungen und ukrainische Kosaken die Besetzung von Ungenoi erzwungen und die Mitglieder des dortigen Sowjets verhaftet haben. Nach einer Blättermeldung aus Kiew haben rumänische Truppen Tschernomir umzingelt. Die Stadt wird durch Artillerie beschossen. Die Verluste der Rumänen wie der Sozialisten sind sehr hoch. „Reiche Demokratie“ meißelt: Die rumänische Flottille habe die nötigen Maßnahmen ergriffen, damit die russischen Truppen das rumänische Gebiet räumen. Diese Maßnahmen erfordern jedoch nicht nur die ukrainischen Truppen der Rede.

Der Bürgerkrieg

in Dänien ausgebrochen.

Die Lage in Finnland.

(Nachrichten des Sozialen Telegraphen.) Seit Sonntag Nachmittag ist die telegraphische Verbindung zwischen Stockholm und Petersburg unterbrochen. Die finnlandische Übergangsposten sind neutralisiert, daß die rote Garde die Dämme durchschneiden hat. Auch mit Finnland besteht keine Verbindung. Man erwartet aus Petersburg über Haparanda, daß vollständige Anarchie in Finnland herrsche, dessen Unglück noch dadurch vermehrt wird, daß die russische Sozialisten-Regierung erklärt habe, sie sei geneigt, ihren Grundbesitz gemäß die finnlandischen Revolutionäre gegen die bürgerliche Gesellschaft zu unterstützen.

Der Bahnhof von Helsingfors befindet sich in den Händen der roten Garde. Der Eisenbahnverkehr und mehrere Beamte wurden gefoltert.

Der Balkanrieg.

Aktivität Serbiens.
Es gemeldet wird, daß der rumänische Ministerpräsident Bontura seine Entlassung gegeben. Zum Reichsminister soll General Avnerescu ernannt werden.

Der Seekrieg.

Ein U-Boot-Dampfer beschossen.
Nantes berichtet: Der U-Boot-Dampfer „Aubania“ (1546 Tonnen) wurde mit 40 Besatzungen und 20 Kanonenschiffen auf der Tanneise an der Küste von Algerien beschossen. Alle Kanonen sind in die Luft entzündet und wurden nach einer Stunde eingeschlagen. Man hofft, den Dampfer in den Hafen bringen zu können.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Friedensreden oder Frieden?
In einem Leitartikel überhörtlichen Friedensreden über „Frieden“ mit „Sozialdemokraten“ des Reichstags, den Friedensentscheidung nicht unrichtig in die Hände zu geben. Das Wort führt fort: Die Sozialisten können zur Macht, weil das russische Volk den Frieden wollte und in dieser Beziehung sich durch Kerenski genötigt ja betrogen fühlte. Ein erster Schritt ist eine Kundgebung über den ungeschicklichen Friedensentscheidung; sie müssen auch einen Seitenhieb abgeben, aber es scheint unzureichend bei Trost die Regierung zu bestrafen. Die Friedensentscheidungen in die Hände zu geben, in der Hoffnung, daß eine soziale Weltrevolution ausbrechen und eine sozialistische Weltregierung entstehen wird. Das ist eine gefährliche Illusion, aber gefährliche Illusion. Ein sozialistischer Führer und deutscher Friedenswille konnten in der Zeit des Krieges bringen ohne Entschuldigungen und Entschuldigungen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, das notwendig die Weltrevolution zur Folge haben würde, aber keinen sozialistischen Frieden; das

ist ein Phantasiegebilde, denn gegenwärtig ist die Welt noch nicht sozialistisch und kann es auch nicht im Handumdrehen werden, sondern die demokratischen Friedenswörter sind der Friedensreden müde. Was sie wollen, ist Frieden, und was sie erhoffen, ist, daß die Friedensverhandlungen, wenn sie in dieser Woche wieder in Brest-Litovsk aufgenommen werden, etwas mehr zum Ergebnis haben möchten, als glänzende Reden und meterlange Telegramme.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zur Nachwahl in Saugen-Kamenz.
Bei der Reichstagswahl im 5. sächsischen Reichstagswahlkreis ist, wie schon kurz berichtet, der sozialdemokratische Kandidat mit erheblicher Mehrheit gewählt worden. Nach der vorläufigen amtlichen Feststellung sind auf Hilbig (Soz.) 9661 Stimmen, auf Dr. Herrmann (Kons.) 8763 Stimmen entfallen. Ersterer ist somit mit einer Mehrheit von 898 Stimmen als Sieger aus dem Wahlkampf hervorgegangen. Das ist ein großartiger Sieg in diesem Kampfe um den Verständigungsfrieden. Er ist erfolgt worden in einem Kreise, der als der schwarze Winkel von Sachsen gilt. Selbst bei den glänzenden sächsischen Reichstagswahlen im Jahre 1903 blieb Saugen-Kamenz der einzige dunkle Punkt im roten Königreiche. Die Konservativen, die in der Erwartung, daß in diesem Kampfe für sie eine Niederlage ausgeschlossen sei, diese Wahlen zum Prüffeld der Volkstimmung machen wollten, haben eine vernichtende Niederlage zu buchen. Selbst in diesem Kreise hat die Mehrheit des Volkes für den Verständigungsfrieden votiert und der Eroberungspolitik eine entschiedene Abgabe erteilt. Wenn man die Stimmen nicht nur zählt, sondern unter Berücksichtigung der oben erwähnten Umstände auch wägt, dann zählt dieser Sieg doppelt, denn ist die Niederlage der Kriegstreiber um so vernichtender.

Noch bei den letzten Debatten im sächsischen Landtage verurteilten Regierung und Konservative unter passenden Hinweis auf die Stichwahl in Saugen die Mehrheit des sächsischen Volkes für einen Gewaltfrieden in Anspruch nehmen zu können. Jetzt ist diese Hoffnung elend zusammengebrochen. Wenn schon in Saugen die Mehrheit gegen die albertinischen Eroberungspolitik entschieden hat, dann muß in Sachsen die wahrhaft erdrückende Mehrheit des Volkes gegen die Kriegsjahre der Vaterlandspartei und damit auch gegen die Politik der sächsischen Regierung vorzugehen sein.

Die Mehrheit ist dadurch zuwande gekommen daß ein großer Teil der Sozialisten konsequent bei der Stichwahl der Parole Verständigungsfrieden gefolgt ist, doch haben wir auch noch Kerenski an die Urne gebracht, denn es sind 1400 Stimmen mehr abgegeben worden als bei der Hauptwahl.

Ungarische Geburtsstagsfeierlichkeiten.

Zum 50. Geburtsstag Wilhelm II. hat der „Tag“ sehr treffend an die Thronrede erinnert, die Wilhelm II. unmittelbar nach seinem Regierungsantritt gehalten hat: „Deutschland beharrt weder neuen Kriegszwecken, noch irgendwelcher Eroberungen.“ Wegen dieser politischen Richtung nennt die „Deutsche Zeitung“ Wilhelm II. 50jährige Regierungszeit ein „Berühmtes“. Dieses Berühmte habe darin bestanden, daß der Kaiser nie die richtigen Männer an die Spitze der Regierung gestellt habe; die Bemerkung für die Entlassung Bismarcks habe über alles gemauert. Deshalb bestanden diese Triumphe des Throns vor dem Kaiser, zu keinem Geburtsstagsfeierlichkeiten, die Erinnerung an — das Jahr 1848 herauf.

Wäre das deutsche Kaiserreich alle Zeit beherrschend vor dem Spätkaiser heiliger Sünde, wie sie dem unerbittlichen Diktator und Kommandeur des Hohenzollernreiches, dem König Friedrich Wilhelm IV., eignete, der vor den gefallenen Sarruberschwärzern, den Vorgesetzten der roten Internationalen, den Hut ziehen möchte; dessen Unglück es war, daß er — im Gegensatz zu seinem Vorfahren Kaiser Wilhelm I. — nicht große Männer neben sich als Mitarbeiter stellen, sie ertragen, sie frei wählen und stellen lassen konnte.

Nach den Albenischen ist alle Wilhelm II. ein neuer Friedrich Wilhelm I., weil er den harten Mann nicht lernt. Besonders in der Verbindung mit dem Kommando an die anderen, daß sie nur einen Schatzkammermeister stellen, bei dieser Art Geburtsstagsfeierlichkeiten haben wir kein Recht, wenn auch nicht der Vortrag der Friedenswörter.

Schmerzlicher Irrtum.

Die Stimmung in den Kreisen ist gespannt, darüber kann kein Zweifel bestehen. Eine Entspannung ist nur möglich, wenn man den offiziellen besorgten Wünschen der Räte entgegenkommt. Das ist es aber gerade, was die konservativen Rätegruppen nicht wollen, im Gegenteil, sie gehen noch viel weiter. Nicht anders ist es anzusehen, wenn die „Deutsche Tageszeitung“ von Sonntag schreibt:

„Der Reichstag gegen Fortsetzung, die in solcher Lage und in solcher Weise gefaßt werden, würde verhängnisvoll sein; denn wir wären dann sicher, daß der Reichstag bald unter Auffassung weiterer Fortsetzung wiederholt nach Deutschland kämftlich in eine schmachvolle Niederlage hineingetrieben würde. Hier heißt es den Fortsetzung unterlassen.“

„Für die Konservativen geht es nach Ganz. Sie haben Angst vor der von ihnen vertriebenen parlamentarischen Reform und wollen lieber alles in Scherben gehen lassen, als daß dem Volke sein Recht verweigert wird.“

Das Ende Deutschlands.

Der Vorherr der Bundes der Landwirte, Freiherr v. Wangenheim, antwortet auf die Frage: „Was erwarten wir von Brest-Litovsk?“ ausführlich im „Tag“. Der Vorherr führt weiter: „Das ist von Brest-Litovsk erwarten? Wenn die Revolution richtig ist, daß wir dort alles bewahren, was die Russen und Oesterreicher wünschen.“

Ein Hinweis.

Dieser Tag meinte eine größere Anzahl von Landwirten in Sachsen. Im was für Sachsen? es ist gar nicht so, erfüllt daraus, daß sie im Herrenhause liegen. Jetzt hat der Reichstagspräsident des sächsischen Landtags, Herrmann, Deformationen, Reiter, seine Selbstbestimmungen mit einer Rede erklärt, in der es heißt:

bringen können. Da ergeht nun wieder der Ruf an die deutsche Landfrau, zur Einigkeit zu mahnen und diejenigen aufzuklären, die nicht wissen, was ein schlechter Ausgang des Krieges für uns bedeutet.“

Kampfanzeige des Hansabundes gegen den „Staatssozialismus“.

Das Präsidium des Hansabundes beschloß, den Kampf gegen den „für Freiheit und wirtschaftliche Entwicklung immer bedrohlicher werdenden Staatssozialismus“ aufzunehmen. Zu diesem Zweck ist folgende Ergänzung der Richtlinien des Hansabundes dem am 20. Februar zusammen tretenden Direktorium und Gesamtausschuß des Hansabundes vorzuschlagen: Der Hansabund wird sich mit aller Kraft dafür einsetzen, daß auch in Zukunft die Eigenwirtschaft eine feste und sichere Grundlage unserer Gesamtwirtschaft bleibe. Es ist das Lebensinteresse des Staates, die Gesamtwirtschaft, den freien und selbständigen, zur Berücksichtigung der Forderungen und auch des Gemeinwohls durchaus geeigneten und gewillten Privatbetrieb zu erhalten, der auch den richtig verstandenen Interessen der Arbeiter Rechnung trägt. Die Tatkraft, Entschlußfähigkeit, Schaffensfreude und der Wagemut des persönlich verantwortlichen, auch innerlich mit dem Unternehmen eng verknüpften selbständigen Unternehmers wird mehr denn je mitzuwirken haben bei der Wiederherstellung, Mehrung des Wohlstandes, Leistungsfähigkeit und Ansehens des Vaterlandes. Im Interesse der dringend erforderlichen Entfesselung aller produktiven Kräfte und Wiederherstellung des Mittelstandes und Freizügigkeit sowie des Emporsteigens der Angestellten zu selbständigen Unternehmern, wird daher der Hansabund jede Zwangswirtschaft auf das schärfste bekämpfen, welche zur Ausschließung und Beschränkung des freien Handels auch in der Friedenswirtschaft und zur Bevormundung von Industrie, Gewerbe und Handwerk führt und führen muß. Er macht daher keinen Unterschied, ob die zwangswirtschaftliche Bevormundung in Form heimlich geleiteter Staatsmonopole oder in Gestalt formell kaufmännisch geleiteter, aber tatsächlich staatlich gelenkter monopolistischer Schein- und Privatbetriebe erfolgt. Ebenso wird der Hansabund energisch auftreten gegen jedes längere Fortbestehen und gegen jede Neufassung solcher Zwangswirtschaften, die, im Gegensatz zu den freien Vereinigungen der Beteiligten, hinsichtlich ihrer Gründung, Leitung, Verwaltung und Auflösung einer behördlichen Entscheidung unterliegen.

Die Herren schieben mit Kanonen nach Spanien. Die ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege werden schon von selbst der Warenerzeugung und -verteilung ihren Stempel aufdrücken — ob es den Hansabundlern paßt oder nicht.

Ein kleiner Fortschritt im Lübecker Schulwesen.

Gestern letzte die Bürgerschaft die Beratung über die Veränderung des Unterrichtsgesetzes fort. Es handelte sich um die Frage der der Oberschulbehörde beizugehörigen Direktoren und Lehrer. Hier wurde den Wünschen der Mittelschulen insofern Rechnung getragen, als im Gesetz bestimmt wird, daß die Mittelschulen durch einen Rektor und die Volksschulen durch einen Rektor und einen Lehrer vertreten sind. Die Senatsvorlage sah vor, daß ein Rektor und ein Lehrer einer Mittel- oder Volksschule vertreten sein sollten. Dies hätte, wie in der Bürgerschaft behauptet wurde, zu unangenehmen Rivalitäten geführt. Weiter wurde bestimmt, daß die beigeordneten Direktoren, Lehrer usw. in allen Schulfragen und nicht, wie einzelne allzu ängstliche Herren wünschten, nur in den Fragen ihres eigenen Ressorts beratende Stimmen in der Oberschulbehörde haben. Dem Schulkollegium wurde das Stimmrecht in der Behörde verliehen, eine ganz selbstverständliche Maßregel. Daß auch der Direktor der kaufmännischen Fortbildungsschule der Oberschulbehörde beigeordnet worden ist, halten wir angelehnt der Bedeutung und der Zukunft dieser Schule für unsere Stadt für unumgänglich notwendig. Der wesentlichste Punkt, um den sich hauptsächlich die Debatte drehte, war die Art der Entsendung der beigeordneten in die Oberschulbehörde. Der Senat wollte, wie bekannt, dieser Vertreter der Lehrer nach alter Patriziermanier selbst ernennen, damit die Oberschulbehörde ja studienrecht bleibt. Er fand hierbei die Unterstützung der Reaktionen, die auch in dem kleinsten Fortschritt schon die Hydra der Revolution wittern. Am liebsten möchten diese Herrschaften Lübeck mit einer chinesischen Mauer umgeben, damit um Gotteswillen nicht ein freihändlerischer Hauch von draußen hereinkommt. Aber es nützt ihnen nichts:

Die Uhr der Zeit läßt nicht zurück sich stellen, denn vorwärts drängt der Zeiger ohne Rast!

So mußten sie gestern erleben, daß, wenn auch mit geringer Mehrheit, der Antrag des Senats fiel. Die Lehrer können also jetzt ihre Vertreter in der Oberschulbehörde selbst bestimmen.

Bermutlich am nächsten Montag wird nun der Kampf um die Schulkammern selbst entbrennen. Auch hier sind die Reaktionen eifrig am Werke, um auch nur den allerkleinsten Fortschritt zu verhindern.

Wir lassen nun nachstehend den Bericht über die gestrige Sitzung folgen:

Fortsetzung der Beratung des Senatsvorlages, betr. Veränderung des Abschnittes I des Unterrichtsgesetzes.

Zunächst werden die verschiedenen hierzu gestellten Anträge begründet.

Dr. Ziehl begründet seinen Antrag, der zunächst dem Schulkollegium Stimmrecht in der Oberschulbehörde als Beigeordneten gewährt will. Ferner will der Antrag den beigeordneten ohne Stimmrecht nur beratende Stimme in den Angelegenheiten ihrer Schulgattung gewähren.

Rechner wendet sich gegen einen weitergehenden Antrag, der auch den übrigen beigeordneten Beamten Stimmrecht gewähren will. Notwendig ist es, daß die beigeordneten nicht in den Angelegenheiten aller Schulen, wie die Senatsvorlage es vorsieht, beratende Stimme erhalten. Das führt in den Sitzungen, wie Rechner aus seiner früheren Tätigkeit in der Oberschulbehörde weiß, zu unangenehmen und langwierigen Verhandlungen, zu Zwischenfällen, die unheilbar werden. Infolge des Zwistes, der zwischen den Volks- und Mittelschulen herrscht, werden die letzteren immer unheilbarer sein. Sie haben keine Vertretung in der Bürgerschaft und werden bei den Wahlen zur Oberschulbehörde gegenüber den Volksschullehrern unterliegen. Deshalb ist es erforderlich, daß entgegen dem Senatsantrage ein Rektor einer Volksschule und ein Rektor und ein Lehrer einer Mittelschule der Oberschulbehörde beigeordnet werden.

Dr. Grabe will in einem Antrage sämtlichen beigeordneten der Oberschulbehörde (Direktoren, Rektoren, Lehrer) das Stimmrecht gewähren. Warum sollen die Lehrer Staatsbürger zweiter Klasse sein, warum sollen sie nicht auch, wie der Schulkollegium, Stimmrecht haben? Die Ausführungen Dr. Ziehls über keine Vertretung in der Oberschulbehörde sind trübselig und es ist bedauerlich für die Lehrer. Will man das gesamte Schulwesen zu einem organischen Ganzen zusammenfassen, dann ist es falsch, den von Dr. Ziehl vorgeschlagenen Weg zu beschreiten. Dann müßten sämtliche beigeordnete in der Oberschulbehörde auch über die Angelegenheiten der ihnen nicht unterstellten Schulen mitberaten und beschließen können. Notwendig ist es auch, daß die beigeordneten

Der amtliche Kriegsbericht.

Die Kämpfe beginnen.

WZ. Großes Hauptquartier, 29. Jan. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An verschiedenen Stellen der Front Artilleriekämpfe.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

In der Champagne entwickelten sich heftige Artilleriekämpfe. Weilerseits der Straße St. Hilaire—St. Coeplet schickten am Morgen kleinere französische Angriffsformationen. Unsere Stellungen zwischen den von Somme—By—Nipont nach Südosten führenden Straßen lagen am frühen Nachmittag unter heftigem feindlichem Feuer. Unter diesem Schuß ließ französische Infanterie mit Flammenwerfern nach starken Entzündungen gegen mehrere Stellungen der Front vor. Mit schweren Verlusten wurden sie, zum Teil vor unseren Hindernissen, zum Teil im Nachkampf zurückgeworfen. Einige Gefangene blieben in unserer Hand. Mehrere Flammenwerfer wurden erbeutet.

Kege Fliegertätigkeit führte zu zahlreichen Luftkämpfen. Wir schossen gestern 13 feindliche Flugzeuge und einen Fesselballon ab. London und Sheerney wurden erfolgreich mit Bomben beworfen.

Frankzösische Flieger setzten ihre Angriffe gegen unsere Bazarotte fort. Während im Monat Dezember die Bazarotte-Anlagen von Ketzels mehrfach Ziel ihrer Bombenabwürfe waren, griffen sie in den letzten Tagen die Anlagen von Lagny (östlich von Conflans) an.

Italienische Front.

Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden ist von neuem heftiger Kampf entbrannt. Die Italiener griffen gestern in dem Abschnitt östlich von Asiago bis zur Brenta mit starken Kräften an.

Am Monte Visomol und westlich nach der Angriff vor den österreichisch-ungarischen Stellungen meistens schon im Feuer zusammen. Der Monte di Val Bella, auf dem sie vorübergehend Fuß fassen konnten, wurde ihnen im Gegenstoß wieder entzogen. Ebenso waren unsere Verbündeten die im Gebiet des Col del Rosso, sowie zwischen der Grenzlinie—Schlucht und der Brenta anstürmenden Feinde nach schwerem Kampfe zurück. Wiederholte Versuche des Feindes, örtliche Einbruchsstellen durch Einschlag seiner Reservisten zu erweitern, scheiterten unter blutigen Verlusten. 10 Offiziere und 350 Mann wurden gefangen.

Eines unserer Bombengeschwader warf in der Nacht vom 26. zum 27. Januar mit guter Wirkung 21 000 Kilogramm Bomben auf Castellfranco, Prezioso und Mestre. Große Brände waren weiterhin sichtbar.

Von den übrigen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

ein Körnchen Wahrheit darin liegen, daß die Konsumenten hohe Preise anbieten und noch anbieten. Das geschieht aber nicht, weil sie ihr Geld los sein wollen oder weil ihnen das Zahlen der hohen Preise Vergnügen macht, sondern es geschieht lediglich deshalb, um die von Landwirtschaft und Handel zurückgekauften Waren, die sie zu normalen Preisen nicht herausgeben, zu bekommen. Nur die bittere Not zwingt die Konsumenten, hinauszugehen aufs Land, um dort für höhere Preise sich einige Lebensmittel zu beschaffen. Da Hunger weh tut und jeder etwas zu erhalten mußte, überbot man sich, und die Landwirte und Händler nutzten die Not des Volkes vielfach aus. Es ist eine bekannte Tatsache, daß man auf dem Lande bei dem Angebot von hohen Preisen vielfach abgewiesen wird mit dem Bemerkten, dafür seien Lebensmittel nicht zu haben. Sie (die Landwirte) könnten weit mehr bekommen. Sie veranlassen damit, den sich in Not befindlichen Konsumenten oder auch Kreise, denen es aufs Geld nicht ankommt und die noch nicht gelernt haben, sich einzuschränken, noch höhere Preise anzubieten. So treibt ein Keil den anderen. Man kann aber gewiß nicht sagen, daß die Konsumenten nun die Schuld daran tragen, daß die normalen Preise und die Preise im Getreidehandel von Woche zu Woche gestiegen sind. Die Hauptschuld tragen die Landwirte und Händler, die ihre Produkte solange zurückhalten, bis weiche Kreise, sogar Rüstungsbetriebe und Kommunalverbände, gegungen waren, höhere Preise zu bezahlen. Alle Landwirte mögen einmal den armen abgearbeiteten Arbeitern, dem notleidenden Mittelstand und den Beamten ihre Produkte zu normalen Preisen anbieten, sie mögen die Kriegsgewinnler, die mit spekulativem Geldsack kommen, zur Tür hinauswerfen, sich mehr den Verordnungen anpassen und ihren Egoismus zurückdrängen, dann würden schon bald einigermaßen geordnete Verhältnisse Platz greifen und die Produkte zu einigermaßen erschwärzten Preisen zu haben sein. Leider aber ist nicht daran zu denken, daß auch nur ein nennenswerter Teil der Landwirte diesen im Interesse der Allgemeinheit liegenden Weg beschreiten wird. Deshalb bleibt nichts anderes übrig als die stärkste Anwendung des staatlichen Zwanges bei der Produktion der zum Lebensunterhalt notwendigen Waren und eine gleichmäßige Verteilung derselben zu Preisen, die auch von dem Ärmsten der Armen erschwinglich sind.

Verordnung über Bier und bierähnliche Getränke.

Das Kriegsernährungsamt hat für das norddeutsche Brauereigebiet neue Bestimmungen über den Stammwürzegehalt und den Herstellungspreis des Bieres erlassen. Bier, das auf Anfordern der Heeres- oder Marineverwaltung an die Feldtruppen zu liefern ist, ist wie bisher ausgenommen. Dagegen ist in den Bereich der Regelung auch das obergärige Bier und die bierähnlichen Getränke (Ersatzbier) einbezogen worden.

Bier (obergäriges und untergäriges) und bierähnliche Getränke dürfen nur mehr mit einem Stammwürzegehalt bis zu 8 vom Hundert an Extraktstoffen hergestellt werden. Diese Einschränkung bezweckt, die Bierherstellung wegen der geringen Rohstoffmengen, die der Bierherstellung zur Verfügung gestellt werden können, möglichst zu streuen und eine gleichmäßige Heranziehung der Brauindustrie zur Versorgung der Rüstungs- und Schwerarbeiter zu gewährleisten. Praktisch wird diese Begrenzung von der Brauindustrie mit verschwindenden Ausnahmen schon jetzt eingehalten.

Der Herstellerhöchstpreis ist ohne Rücksicht auf den Stammwürzegehalt für untergäriges und obergäriges Bier einheitlich auf 23 Mk. für bierähnliche Getränke auf 21 Mk. für 100 Liter festgesetzt worden. Die Höchstpreise gelten auch beim Verkauf durch am Ort der Herstellung anfallige Bierverleger, sonstige Vermittler oder Zwischenhändler sowie beim Verkauf nach dem Herstellungsort durch lokale Personen. Nach nicht erfüllte, zu höheren Preisen abgeschlossene Lieferungsverträge gelten als zum Höchstpreis abgeschlossen. In die Bestimmungen über die Beförderungsstellen sind gemäß den Bestimmungen der Praxis auch solche über die Beförderung mit Fuhrwerk über den Herstellungsort hinaus, sowie über die Rückbeförderung der leeren Fässer mit ausgenommen worden.

Bier und bierähnliche Getränke untereinander gemischt zu verkaufen ist ausdrücklich verboten worden.

Eine außerordentliche Ausschüttung der Allgemeinen Ortskrankenkasse fand gestern Abend im Bürgerverein statt. Einstimmig beschlossen wurde eine neue Einteilung der Kassenlisten nach Maßgabe der Bundesratsverordnung vom 22. November 1917 einzuführen (siehe auch das Inserat in heutiger Nummer). Die Beiträge wurden von 4 1/2 auf 4 3/4 vom Hundert des Grundlohns und das Krankengeld auf 80 vom Hundert des durchschnittlichen Tagesentgelts festgesetzt. Für unständlich beschäftigte Transportarbeiter über 21 Jahre wurde der Ortslohn auf 8 Mark erhöht. Die Beiträge betragen hiernach 2,28 Mark für die Woche. Die Unterbringung für die Wochentagen, die bisher in Höhe des Krankengeldes gezahlt wurde ist um 20 vom Hundert auf 8 Wochen erhöht. Ebenso erhöhte das Sterbegeld infolge der neuen Stufeneinteilung eine Erhöhung. Die neuen Beiträge und Leistungen treten vorbehaltlich der Genehmigung des Oberverwaltungsamtes ab 4. Februar in Kraft.

Eine irreführende Meldung. Hiesige bürgerliche Zeitungen brachten die nachstehende Depesche aus Düsseldorf vom 21. Januar:

Wegen Unterschlagung von mehr als einer Million Mark wurden der Direktor und drei weitere Beamte der hiesigen Filiale der Großeinkaufsgesellschaft Deutschland, Konsumvereins in Hamburg, verhaftet.

Diese Nachricht ist irreführend; es handelt sich um die von der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine erbaute und im zweiten Kriegsjahr fertiggestellte Seifenfabrik in Düsseldorf. Auf Grund einer Bundesratsverordnung konnte diese Fabrik für die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine nicht in Betrieb gesetzt werden. Das war um so weniger möglich, als der Reichsausschuß für Fette und Öle diese Fabrik zu ganz bestimmten, von anderen Seifenfabriken nicht durchführbaren Arbeiten mit Beschlag belegt hat. Zur verantwortlichen Leitung dieser Fabrik, die weder für die Großeinkaufsgesellschaft noch für die Konsumvereine gearbeitet hat, wurde vom Reichsausschuß ein Herr Röhlen eingesetzt, der gar keine Verbindung mit der Genossenschaftsbewegung oder gar mit der Arbeiterbewegung gehabt hat. Dieser Herr Röhlen hat dem Reichsausschuß für Fette und Öle mehr als eine Million Mark unterschlagen und ihn auch sonst in mannigfacher Hinsicht geschädigt. Er hat, um seine unerhörten Betrügereien durchzuführen, einige Angestellte, die jetzt auch verhaftet worden sind, mit ins Unglück gestürzt.

So bedauerlich dieser Fall ist, so ist doch die deutsche Genossenschaftsbewegung und die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine durch diese Betrügereien weder finanziell noch moralisch geschädigt. Sie trägt auch nicht die Verantwortung etwa unterlassener Kontrollen, weil diese nicht ihre Aufgabe war, sondern die des Reichsausschusses für Fette und Öle, der diese Fabrik gepachtet und den Leiter des Unternehmens eingesetzt und nicht beaufsichtigt hat.

Seifenpulver oder Fleischextrakt — das ist die Frage. Es hat früher einmal eine Zeit gegeben, wo man Fleischextrakt von Seifenpulver unterscheiden konnte. Dieses ist jedoch heute nicht mehr immer so ohne weiteres der Fall, wovon folgendes wahres Geschichtchen lehrreiche Kunde gibt.

Wenn unsere Hausfrauen die Reservationen der wöchentlichen Fleischereien glücklich bemähtig und von den Knochen der ebenmaligen Rinder, noch dreimalige Bouillon gekocht haben, dann wandern diese Knochen, soweit sie wieder abgeliefert werden, wieder in die Fabriken, welche daraus dann jenen berühmten Knochenbrühe-Extrakt herstellen, der meist mehr nach Salz als nach Brühe schmeckt. Eine Dame hatte mehrere Wochen dieses Knochenbrühe-Extrakt erworben und stellte ihren Bestand in den Keller. Und es begab sich, daß im Hause jener Dame arroke Wäsche gehalten wurde. Und der dienbare Geist des Hauses entnahm zu diesem Zwecke dem Vorratssaum eine Büchse, worauf geschrieben stand: Seifenpulver-Extrakt nebst Gebrauchsanweisung.

Aber trotz aller Bemühungen wollte die Wäsche von diesem Präparate nicht sauber werden. Im Gegenteil, sie bekam eine undefinierbare Farbe. Deshalb man bei der Herrin des Hauses über die Ungültigkeit der heutigen Krieg-Reinigungsmittel Klage führte. Und da fand der Herrin gar bald seine Aufklärung: Der Knochenbrühe-Extrakt-Kontaminant hatte bei dem Mangel an neuen Fleischereien einen Vorrat alter ungebrauchter Seifenpulverdosen erstanden, die mit ihrem Knochenbrühe-Extrakt gefüllt und darauf ein neues Etikett, welches den gegenwärtigen Inhalt angelegt, geklebt. Durch die Masse oder durch die mangelhaften Eigenschaften des Rohmaterials hatte sich das richtige Etikett gelöst, worauf dann jener entsetzliche Irrtum entstanden war.

Reparatur mit Ersatzsohlen. Vom Land deutscher Schuhmacher-Verenigen geht uns diese Mitteilung zu: Bei der Knappheit des Leders ist es zur unabwendbaren Notwendigkeit geworden, daß zur Befolgung des Schuhwertes nur noch Ersatzsohlen, vorwiegend Holzsohlen, Verwendung finden können. Diese Sohlen sind natürlich nicht annähernd von der gleichen Güte, die man an dem Leder bisher kennen lernte; sie bleiben aber bei der gegenwärtigen Materialknappheit ein brauchbarer Ersatz. Wenn der Schuhmacher bisher immer noch glaubte, derartige Sohlen nicht verarbeiten zu sollen, so geschah dies ausschließlich in der ehrlichen Absicht, seinen Kundschafft solches Material nicht anzubieten. Es bleibt aber jetzt kaum noch ein anderer Ausweg; darum muß sich aber auch die gesamte Bevölkerung mit der Tatsache abfinden, daß für die nächste Zeit dem Schuhmacher als Ersatz für Leder fast ausschließlich nur die Holzsohle zur Verfügung steht. Auch hieran herrscht noch vielfach Mangel, und das ist bei der heutigen großen Zahl von Reparaturen neben der Knappheit an Arbeitskräften die Hauptursache, weshalb die Kundschafft oft so lange auf die Erledigung ihrer Reparaturen warten muß. Dazu kommt noch der Mangel an geeigneten Befestigungsmaterial, wie Garn und Stifte. Doch auch hier dürfte bald Wandel geschaffen werden, so daß also die Möglichkeit besteht, der großen Reparaturnot etwas zu feuern. Natürlich stellen sich die Reparaturen mit Ersatzsohlen nicht billiger, wie man vielfach annimmt, sondern leider oft wesentlich teurer, weil bei der oft recht schlechten Beschaffenheit der reparaturbedürftigen Schuhwaren eine hochwertige, zeitraubende Vorarbeit nötig ist, um die Ersatzsohlen befestigen zu können. Man darf aber beim Schuhmachergewerbe den guten Willen voraussetzen, und wenn von der Bevölkerung ein wenig Nachsicht geübt und mehr Verständnis für die Notwendigkeit der Verwendung der Holzsohlen Platz greift, so wird man zu einigermaßen erträglichen Verhältnissen zurückkommen.

Hat man sich eigentlich an diesen Stellen schon mit dem vor-kräftig angeregten und nach seiner Meinung weitmas wirkameren Ersatz für Schuhsohlen befaßt?

Hat die Reichsbank genug Gold? Man schreibt uns: Man hört hier und da die Frage, ob denn nicht genug Gold an die Reichsbank abgeführt sei, wie lange denn der Goldankauf weiter gehen solle. In Wahrheit wird die Lage der Reichsbank mit jeder weiteren Kriatsmode schwieriger, da wir immer mehr Noten, die zu decken sind, ausgeben, weiter immer mehr Lebensmittel und Rohstoffe zum Teil gegen Goldzahlung im Ausland laufen und endlich doch auch nach Friedensschluß zur Aufnahme unserer Friedensgeschäfte Rohstoffe auch vielfach gegen Goldzahlung aus dem Ausland werden beziehen müssen. Wer auch nur ein Gram Gold dem Vaterlande zuführt, dient unserer Wirtschaft; traut, hilft unsern kämpfenden Brüdern, den Frieden zu erringen, vertut den Krieg. Wer dagegen Gold zurückhält, der verändigt sich an seinem Vaterlande, ist undankbar gegen unser Volk, ist ein Bundesgenosse unserer Feinde.

Die Kriegshilfe Abt. Schuhpflege veranstaltet vom 1. bis 3. Februar 1918 im Garten der Gesellschaft zur Beförderung gemein. Tätigkeit, Rönthstraße 5, eine Ausstellung ihrer Erzeugnisse, um zu zeigen, wie sich sonst völlig wertlose kleine Stoffe, Holz und Filzreste, alte Füll- und Strohhüte, Segeltuch, Linnen, Knochen und dgl. zu hübschen Haus- und Straßentischen und Schalen verarbeiten lassen. Gibt es in dieser Zeit doch mehr denn je alles nur irgend brauchbare Material nutzbringend zu verwenden und kann daher der Besuch der Ausstellung nicht

von den Schulkammern erwählt und nicht vom Senat ernannt werden. Die Gründe, die hierfür vom Senat angeführt werden, sind nicht stichhaltig. Es handelt sich darum, die tüchtigsten und erfahrensten Lehrer der Oberschulbehörde beizuziehen; diese können aber nur die Lehrer selbst am besten.

Dr. Sartwig begründet seinen Antrag, nach welchem von den beiden Beigeordneten der Mittel- und Volksschule je einer auf die genannten Schulgattungen entfallen soll.

Scharff beantragt die Hinzuziehung des Direktors der kaufmännischen Fortbildungsschule; das entspreche nur der Bedeutung des kaufmännischen Fortbildungsschulunterrichts in einer Handelsstadt wie Lübeck. Weiter beantragt Redner, besonders einen Rektor und einen Lehrer einer Mittelschule der Oberschulbehörde beizuziehen.

In der Debatte wendet sich Schulmerich scharf gegen Dr. Fiehl, der unserem Schulwesen einen äußerst schlechten Dienst erwiesen hat, indem er von scharfen persönlichen Gegensätzen zwischen Volks- und Mittelschulen sprach. Gewiß bestehen solche Gegensätze. Dr. Fiehl behauptete, der Gegensatz resultiere daher, daß die Mittelschulen den Volksschulen die besser begabten Schüler entziehe. Das ist leider nicht richtig, denn die besser Begabten gehören in die Mittelschule. Letztere entzieht nur der Volksschule diejenigen Schüler, deren Eltern in der Lage sind, das höhere Schulgeld für die Mittelschule zu bezahlen. Wir sollten alles dazu beitragen, daß die Gegensätze zwischen Volks- und Mittelschule gemildert werden.

In seinen weiteren Ausführungen begründet Redner eingehend die Vorschläge des Bürgerausschusses bezüglich der Wahlen der Beigeordneten zur Oberschulbehörde. Redner ist für den Antrag Sartwig.

Johs Reimpell spricht ebenfalls gegen Dr. Fiehl und empfiehlt den Antrag Grube. Gegenüber Dr. Fiehl, daß die Mittelschullehrer keine Vertretung in der Bürgerschaft hätten, erklärt Redner, daß die beiden Lehrer in der Bürgerschaft auf Vorschlag des Lehrervereins, dem auch Mittelschullehrer zum großen Teil angehören, gewählt sind. Sie sind also auch Vertreter der Mittelschullehrer.

Senator Dr. Kulenkamp bittet dringend um Abschaffung des Antrages Dr. Grube, der allen Beigeordneten der Oberschulbehörde Stimmrecht gewähren will. Die weitere Hinzuziehung von einem oder zwei Vertretern der Mittelschulen ist nicht zu empfehlen, ebensowenig die Heranziehung des Direktors der kaufmännischen Fortbildungsschule. Der Apparat wird sonst zu kompliziert.

Dr. Fiehl will die Rechte der Oberschulbehörde und der bürgerlichen Mitglieder derselben wahren. Deshalb hat er seine Rede gehalten. Welche Motive zu den Gegensätzen zwischen Volks- und Mittelschulen führten, ist mir gleich. Doch Gegensätze bestehen, hat Schulmerich zugegeben. Die früheren Kämpfe in der Oberschulbehörde spielten nicht zwischen Behörde und Lehrern, sondern zwischen den Lehrern unter sich. Das Schwergewicht der Oberschulbehörde wird immer mehr in die Abteilungen verlegt. Der Bürgerausschuß ist schlecht beraten worden und der Senat hat, um den Schluß und Schulinspektor zu erhalten, die Schulkammern und die Wahl der Beigeordneten anscheinend geschädigt. Scharff spricht Redner davon, daß die Beigeordneten gewählt werden sollen. Die Oberschulbehörde muß für sich das Vertrauen haben, die Lehrer auszuwählen, die nach ihrer Meinung geeignet sind. Welcher anderen Kammer wird ein solches Recht eingeräumt als hier den Schulkammern? Solche ständische Reform will Redner nicht mitmachen.

Evers stimmt im allgemeinen Dr. Fiehl zu, nur wendet er sich gegen dessen Auffassung, daß die Beigeordneten nur in den Angelegenheiten ihrer Schule mitberaten sollen.

Senator Dr. Schenbura: Dem Senate ist es nicht leicht gewesen, den Beschlüssen des Bürgerausschusses zu folgen. Hier eine Grenze muß alles haben. Deshalb erkläre ich, daß der Senat sich auf das Stimmrecht der Beigeordneten in der Oberschulbehörde, ausgenommen der Schulrat, und auf die Wahl der Beigeordneten durch die Schulkammern nicht einlassen wird.

Schreman und Albers sprechen für die Heranziehung des Leiters der kaufmännischen Fortbildungsschule.

Senator Dr. Kulenkamp: Die Verhältnisse der Schule machen es nicht erforderlich, den Leiter mit als Beigeordneten heranzuziehen.

Johs Reimpell: Die Wahl der Lehrer aus der Schulkammer in die Behörde ist notwendig, weil sonst das nötige Vertrauen fehlt. Man könne schon heute sagen, man die Oberschulbehörde zu Beigeordneten bestimmen würde. Wenn Sie das nicht wollen, dann packen Sie nur die Schulkammern in einen Sarg und schreiben Sie darauf: Ruhe sanft!

Stelling: Aus den Worten Dr. Fiehls wehte uns der Moberduft der Reaktion entgegen. Der Bürgerausschuß hat gute Arbeit geleistet, wir sollten ihm folgen. Jede Reform wird nur allmählich vollzogen werden müssen. Redner spricht für den Antrag Sartwig und für den Antrag Scharff auf Hinzuziehung des kaufmännischen Fortbildungsdirektors. Wenn man etwas Gutes schaffen will, dann muß man Gewicht darauf legen, daß die Beigeordneten aus der Wahl der Schulkammern hervorgehen; sonst kann man von einem Vertrauensmann der Lehrer — solcher soll es doch sein — nicht reden. Das Verhalten des Senats erinnert an bestimmte Vorgänge auf anderem Gebiete in letzter Zeit. Wer wirklich einen kleinen Fortschritt will, muß für den Bürgerausschuß stimmen.

Nach weiteren Ausführungen der Herren Dr. Grube und A. Rabe, der ebenfalls für die Heranziehung des Leiters der kaufmännischen Fortbildungsschule eintritt, wird zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag auf Kommissionsberatung wird abgelehnt. Angenommen wird der Antrag auf Verleihung des Stimmrechts an den Schulrat, sowie der Antrag, nach welchem die Beigeordneten der Oberschulbehörde in allen Schulanangelegenheiten beratende Stimme haben. Der Oberschulbehörde sollen außer den Direktoren usw. Beigeordnete sein ein Rektor einer öffentlichen Mittelschule und ein Rektor und ein Lehrer einer öffentlichen Volksschule. Der Antrag Scharff auf Heranziehung des Leiters der Fortbildungsschule wird beschlossen. Der Antrag des Bürgerausschusses, nach welchem die Beigeordneten der Oberschulbehörde von Schulkammern gewählt werden sollen, wird mit geringer Mehrheit angenommen.

Der Senatsantrag auf Ernennung dieser Beigeordneten durch den Senat ist damit gefallen.

Infolge der vorgeriichten Zeit tritt Beratung ein.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Dienstag, 29. Januar.

Die Schuld an der Teuerung.

Die Frage, wen die Schuld an der Teuerung trifft, ist eine viel umstrittene. In den Kreisen des Handels und der Landwirtschaft behauptet man, die hohen Löhne der Arbeiterschaft trügen die Schuld an den hohen Preisen für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände. Daß dem nicht so ist, sondern daß die Löhne erst erhöht wurden, nachdem die Arbeiter mit den geringen Löhnen nicht mehr die gesteigerten Lebensunterhaltungskosten tragen konnten, ist schon mehr als einmal nachgewiesen worden. Der Gegenbeweis, daß zuerst die Löhne gestiegen seien und dann erst die Lebensmittel, konnte bisher nicht erbracht werden. Es ist bekannt, daß man zum Höchstpreis manches nicht haben kann. Nicht nur Einzelpersonen sondern auch Rüstungsbetriebe und sogar Kommunalverbände mußten mehr als einmal dazu übergehen, den Höchstpreis zu überschreiten, um überhaupt Lebensmittel zu erhalten. Trotzdem verhalten weite Kreise der Landwirtschaft und des Handels ihr Verhalten damit zu rechtfertigen, daß die hohen Preise ihnen angeboten, ja „geradezu aufgedrängt“ worden seien, daß also die Schuld an der Lebenserhaltung der Höchstpreise nicht die Produzenten und Händler, sondern die Konsumenten trügen. Es mag

Die Kaiserstreuen.

„Uns treibt nicht Eroberungslust!“

Wilhelm II. in der Thronrede vom 4. August 1914.
„Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche!“

Wilhelm II. in der Ansprache am 4. August 1914.

In den Schulen feiert man jetzt wieder den Geburtstag des Kaisers. In den Zeitungen wurde aus gleichem Anlaß Rückschau auf die militärischen Erfolge des abgelaufenen Jahres gehalten und der „Wille zum Sieg“ erneut betont.

Wenn die Geburtstagskundgebungen nicht lauter und lärmender waren, wenn auch der gratulierende Draht eine starke Entlastung erfuhr, so wird das nicht zuletzt auf die verständige, wiederholt ausgesprochene Meinung des Kaisers selbst zurückzuführen sein, der dringend darum gebeten hat, von lauten Kundgebungen und überflüssigen Telegrammen abzusehen.

Damit hat Wilhelm II. wieder einmal ein feineres und sichereres Gefühl für die Notwendigkeit des Tages befunden, als sehr viele von denen, die sich als die Allergetreuesten des Thrones auszugeben pflegen.

Uns treibt nicht Eroberungslust!

Sprach der Kaiser am 4. August 1914 in seiner Thronrede. „Uns treibt Eroberungslust nach Ost und West“ rufen die getreuen Vaterlandsparteiler, die ihm Tag und Nacht Befehle ins Haus senden, ihm und den anderen deutschen Monarchen.

„Ich kenne keine Parteien mehr, nur noch Deutsche!“

So sprach Wilhelm II.

Wie aber sieht es jetzt im Lande aus? Das führende Blatt der Konserverativen fordert ganz treuherzig, daß man den Verstand der deutschen Sozialdemokratie auf dem Sandhaufen erschöpfe. Die „Vaterlandspartei“ treibt Parteipolitik im Fuhrmannston. Angeblich nur nach außen. Nach innen aber hat sich, wie seinerzeit schon mitgeteilt, eine Schwesterorganisation der Vaterländischen aufgetan, die sich

„Bund der Kaiserstreuen“

nennt und, nach dem Muster der Tirpitz-Partei, vorzugsweise bei Behörden Unterstützung und Förderung sucht. Uns ist das folgende Schreiben auf den Tisch geliegen:

Bund der Kaiserstreuen.

Berlin-Schöneberg, Vorbergstraße 4, II, Januar 1918.

Vertraulich!

Hochgeehrter Magistrat!

Keinen Augenblick im Zweifel darüber, daß Sie mit uns auf dem Boden unbedingter Treue gegen Kaiser und Reich stehen, bitten wir Sie, uns in dem schweren Kampfe, den wir gegen die Sozialdemokratisierung und Republikanisierung des Deutschen Reiches zu führen haben, freundschaftlich dadurch zu unterstützen, daß Sie uns auf antliegender Postkarte einen oder einige Herren namhaft machen, welche geeignet und bereit sind, das Amt eines Vertrauensmannes des Bundes für Ihren Ort und dessen Umgebung zu übernehmen.

Indem wir Ihnen für diese uns sehr wertvolle Beihilfe unseren verbindlichsten Dank aussprechen, zeichnen wir mit vorzüglicher Hochachtung

Bund der Kaiserstreuen.

Mit diesem Anschreiben an den „hohen Magistrat“ ist's aber noch nicht genug. Man sieht voraus, daß bei ihm schon für die Vaterlandspartei geworben worden ist, die ja, im Gegensatz zur Thronrede, Eroberungslust treibt, deshalb muß dem „hohen Magistrat“ auch noch begreiflich gemacht werden, daß auch der „Bund der Kaiserstreuen“ im Gegensatz zum Kaiser steht, wenn er

schlimmste Parteizuge

eiben will. Er fügt deshalb dem Anschreiben noch folgenden gedruckten Zettel bei:

Was würde man von einem Feldherrn sagen, der unsere Westgrenze sorgfältig verteidigt, die Ostgrenze aber gegen den russischen Ansturm wehrlos gelassen hätte?

Genau so handeln die, welche mit der jede Beteiligung an innerpolitischen Streitigkeiten auf das bestimmteste ausschließenden Deutschen Vaterlandspartei gegen einen schwächlichen Verzichtfrieden kämpfen, dabei aber versäumen, mit dem Bunde der Kaiserstreuen gegen die Demokratisierung, Sozialdemokratisierung und Republikanisierung Deutschlands sich zur Wehr zu setzen.

Von einer Zerspaltung kann da keine Rede sein. „Getrennt marschieren — vereint schlagen.“

Lösung des Bundes der Kaiserstreuen: Abwehr des Ansturms Scheidemann-Erberberger-Haumann auf die verfassungsmäßigen Rechte der Krone; kaiserstreue Opposition gegen eine Regierung, welche diesem Ansturm nachgibt.

Der Kaiser hat in seiner Eigenschaft als König von Preußen dem preußischen Volke

das gleiche Wahlrecht versprochen.

Diejenigen aber, die sich als Monarchisten oder Royalisten aus Ueberzeugung bezeichnen, erklären im Preussischen Abgeordnetenhaus, daß sie königstreuer als der König seien, und ihm die Erfüllung seines Wahlrechtsversprechens unmöglich machen müßten.

Der „Bund der Kaiserstreuen“ ist aus dem gleichen Holze. Er will alle Reaktionäre, alle Besitzenden sammeln zum Schutze des heiligen Portemonnaies. Warum will er die „Sozialdemokratisierung“ bekämpfen? Er sagt es deutlich und brutal offenerzig in seiner Flugschrift, die dem „hohen Magistrat“ gleichfalls zugeht:

Die Sozialdemokratisierung ist gleichbedeutend mit der Vermögensbeschlagnahme, die mit einer teilweisen beginnt, mit einer völligen endet.

Das ist des Rubels Kern! Klasse fürchtet davor, daß nach dem entsehltesten aller Kriege die

Kriegsgewinnler von einst und jetzt

in ihren Geldschrank steigen, daß sie ihr jattes Wohlleben aufgeben müßten, um die Weiterexistenz des Reiches zu ermöglichen. — Diese blasse Furcht treibt dazu, den Kampf gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft unter dem Banner eines „Bundes der Kaiserstreuen“ aufzunehmen. Auch wenn die Tendenz dieses Bundes im stärksten Widerspruch zu den Worten und Taten des Kaisers selbst stünde.

Wir sind nicht überrascht durch diese neue Partei und die neue Agitation! Die Sozialdemokratie ist die letzte, die die Kämpfe der Zukunft zu fürchten hätte. Aber es sei uns gestattet, daran zu erinnern, wie systematisch das Anfeinden der Krone von diesen „monarchischen“ Kreisen untergraben wird, die — indem sie die Entföschung des königlichen Wahlrechtsversprechens hintertreiben — gleichzeitig auch jene Stimmung im Volke verderben, die man sonst als Willen zum Siege bezeichnet.

Die Vertretungen in Kurland und Litauen.

In West-Litauen haben sich die deutschen Vertreter bekanntlich darauf berufen, daß in den von Deutschland besetzten Gebieten, in Polen, Kurland und Litauen, von berufener Seite zum Ausdruck gebracht worden sei, daß die Bevölkerung dieser Länder die Fortsetzung von Kurland wünsche, ein Standpunkt, dem von sozialdemokratischer Seite bereits entschieden entgegengetreten worden ist. Jetzt macht die „Germania“ nähere Mitteilungen über

die Zusammensetzung der in Kurland und in Litauen bestehenden Körperschaften. Das Blatt schreibt:

„Wir haben wiederholt an dieser Stelle eine Ankündigung an das Bestehende befristet, und das scheint auch den Wünschen dieser Grenzländer am meisten zu entsprechen. So hatte der kurländische Landtag seinerzeit an die Verwaltung einen Antrag auf Erweiterung seiner Mitgliederzahl auf 79 gerichtet. Davon sollten je 27 dem Groß- und Kleingrundbesitz entnommen sein, 4 Mitglieder stellt die Ritterschaft, 5 die Geistlichkeit und 16 die Städte. Demgemäß wählten die Rittergutsbesitzer je einen Vertreter in den 27 Kreisstellen, für den Kleingrundbesitz traten die Gemeindefürsorgekommissionen zur Wahl zusammen, das Ritterschaftskomitee wählte keine 4 Vertreter, die Geistlichen gingen aus Wahlen beider Baltenmische hervor und die Städtevertreter schließlich wählten die Stadtverordnetenversammlungen. Diese Wahlen erfolgten ohne jede Mitwirkung deutscher Behörden. Die kurländische Landesversammlung hielt bekanntlich in dieser Zusammensetzung am 23. September v. J. ihre erste Sitzung ab. Dagegen war der Verwegung der litauischen Landesvertretung folgender: Das litauische Komitee in Wilna, das sich teilweise mit dem Präsidium der litauischen Nationalversammlung im Revolutionsjahr 1905 deckt, erließ Einladungen an rund 230 Vertrauensmänner aller Kreise und Parteien zur Nationalversammlung, die vom 23. September 1917 an in Wilna tagte. Diese Versammlung wählte nach langer Beratung 20 Abgeordnete, die als Landesrat von der deutschen Verwaltung bestätigt wurden. Auch diese Wahlen waren ohne jede Mitwirkung der deutschen Behörden erfolgt. Die Nationalversammlung erteilte dem Landesrat die bekannte Instruktion, die von dem Nationalrat in Bern und in Stockholm bestätigt wurde. Diese beiden Landesräte sind zusammengesetzt aus allen Nationalitäten und Volkskreisen Litauens und enthalten alle Parteien, auch litauische Sozialisten wie Mikschis und Kairns, die den Russen von heute nahestehe. Sämtliche präsenierten Landesratsmitglieder Litauens sind sofort und ohne Ausschluß Deutschland unlieblicher Personen bestätigt.“

Das sind gewiß Körperschaften, die in bezug auf Wahl und Zusammensetzung allen Anforderungen entsprechen, wenn man die vom Kriege herbeigeführten Verhältnisse auch nur einigermaßen in Rechnung stellt. Eine bessere Vertretung eines Landes kann man sich zurzeit kaum denken, will man die Grenzoffizier nicht einen Sprung ins Dunkle nach Petersburger Regenten machen lassen, und dazu haben sie, wie wir schon einleitend sagten, nicht die mindeste Lust, nicht um der Deutschen schönen Augen willen, sondern in ihrem wohlverstandenen ureigenstem Interesse.“

Durch die Mitteilungen der „Germania“ wird bestätigt, daß die bisher bestehenden Körperschaften auch nicht im entferntesten als befugt gelten können, die Meinung der litauischen und kurländischen Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen. Der sogenannte litauische Landtag ist eine Körperschaft, die etwa mit dem preussischen Herrenhaus auf eine Stufe gestellt ist, von dem er sich zu seinem Nachteil noch dadurch unterscheidet, daß die benachteiligte Minderheit, aus deren Kreisen ein großer Teil seiner Mitglieder stammt, einer anderen Nation angehört wie die Masse des Volkes. Während die Bewohner Kurlands bis auf einen kleinen Bruchteil Letten sind, sind die im Landtag so reichlich vertretenen Großgrundbesitzer deutsch. Auch die Zusammensetzung des litauischen Landesrats bietet nicht die geringste Sicherheit dafür, daß die Anschauungen der Mehrheit seiner Mitglieder mit der der Mehrheit des Volkes übereinstimmen. Eigentlich sollte man annehmen dürfen, nur ganz edle preussische Männer von Schlage des Herrn von Oldenburg könnte der Gedanke erträglich sein, daß die Willensäußerungen derartig zusammengesetzter Körperschaften als eine Ausübung des Selbstbestimmungsrechts der in Frage kommenden Völker hingestellt werden, und es muß den schärfsten Widerspruch erregen, wenn die „Germania“ so tut, als ob man sich eigentlich mit der Zusammensetzung dieser Körperschaften abfinden könnte, weil Krieg ist. Hier handelt es sich wahrlich um einen Kriegszustand, der weit unter dem steht, was noch erträglich ist. Galt man es nicht für möglich, oder angängig, daß die Völker in den östlichen Gebieten frei und unbefristet darüber entscheiden, wie sich ihre Zukunft gestalten soll, so hätte man nicht erst mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker kommen sollen. Aber daß man sich erst auf den Standpunkt des Selbstbestimmungsrechts stellt und dann sich auf die Meinungsäußerungen des kurländischen Provinzialparlamentarismus und des litauischen Landesrats, oder gar, wie das

Handel und Wandel.

Von F. W. Hasländer.

9. Fortsetzung.

Ich muß gestehen, nur die Furcht, vor dem Herrn Doktor Burbus als Zeiger zu erscheinen, trieb mich an, den Ueberföhlungsverlauf anzustellen. Ich kletterte durch das Fenster, legte mich mit dem Bauch auf das Brett, und alsbald fühlte ich mich an den Füßen von einer kräftigen Hand erfasst, so daß ich blitzschnell nach dem anderen Fenster hinüberfuhr und dort zum großen Ergötzen des Herrn Burbus auf den Fußboden hinfallerte. Nachdem ich wieder festen Fuß gefaßt, machte ich dem Doktor mein Kompliment und warf einen prüfenden Blick in seinem Gemache umher. Mein Zimmer war gewiß nicht glänzend möbliert und eingerichtet; aber, guter Gott! wie sah es hier aus! Die Wände waren ursprünglich angeputzt gewesen, aber der Zahn der Zeit und der Mutwille des Mietmannes hatten sie nach und nach der Farbe beraubt und jetzt prangen sie in einem schmutzigen Weiß. Herr Burbus hatte indessen für die Verzierung derselben alle mögliche Sorge getragen, und als er sah, daß meine Blide umherirrten, nahm er das Licht, das beiläufig geputzt, statt in einem Leuchter in einer zerbrochenen Glasfackel steckte, und zeigte mir, daß die Wände mit allerhand grotesken Figuren bemalt waren, die nach seiner Erklärung zusammengenommen einen Hergentanz darstellten.

Ich äußerte meine Freude über die Schönheit dieser Fresken und meine Verwunderung, daß mit Kohle und Siegelack ein solcher Effekt hervorzubringen sei. Ich erzählte, die Schildereien zählten von einem seiner Freunde her, einem Maler, der ihn zuweilen besuche. Da waren Menschen, Ungeheuer und Tiere durcheinander, und es kam mir vor, als erkenne ich unter den ersten hier und da jemand. Richtig, da war der Doktor Burbus selbst: die lange Pfeife in der Hand, mit hohen Stiefeln und allmächtigen Sporen ritt er auf einer großen Glasse, und dort, ich mußte laut aufschreien, dort kam mein würdiger Kollege Philipp; er ritt auf einem Besenstiel und mit seiner traurigen Gestalt, das in den Knien gebreht war, schaute er die Jungfer Barbara an, die majestätisch auf einem Sofa saß. Dahinter kam der Herr Reichsmehl im Gartenkolum; zwischen seinen Beinen hatte er das Hauptbuch, in der Hand einen Trichter und auf dem Kopf statt des Huttes eine große Tüte.

So sehr mich diese Malereien ergötzen, so suchten meine Blide doch etwas anderes, nämlich das Gerippe, von dem mir Philipp erzählt. Ah, dort stand es, neben dem Lager des Doktors, der ihm einen alten Samirod über die Schultern gehängt und seine Mühe angeleitet hatte. In der rechten Hand, die ausgestreckt war, hatte der Knackmann ein Talglicht stecken, das dem Herrn Burbus nachts beim Lesen im Bette diente. In der herabhängenden Linken hielt er ein eisernes Häufchen ein großer Krug befestigt, wahrscheinlich um, vorkommendenfalls, den Durst des Doktors zu löschen.

Nachdem ich mir das Zimmer genugsam betrachtet, fand ich

geworfen hatte und mir einen anderen anbot, etwas näher zu betrachten. Herr Burbus machte ein Mann von wenigstens dreißig Jahren sein; er war von sehr kräftiger, untersefter Figur, und sein Gesicht, das beständig lächelte und überhaupt etwas sehr Gutmütiges hatte, war von einem sehr starken Schnurr- und Knebelbart bekränzt, der düster und reichlicher wuchs als sein Haupthaar, dessen dünne Büschel hier und da helle verdächtige Stellen zeigten. Auf den Ohren hatte er ein irdenes Gefäß gestellt, das große Lehnstühle mit einer Wachslicht hatte und worin er zum beabsichtigten Zwecke das Wasser erwärmte, was bald gegeben war. Dann brachte er eine Flasche mit Branntwein hervor, einige Zitronen, sowie eine Tüte von grauem Löschpapier mit Zucker und mischte das Getränk. Er bot mir eine Pfeife an, und da ich mich schämte, sie auszuschnagen, fing ich das mir ganz ungewohnte Geschäft des Rauchens an. Nachdem er zwei große Biergläser mit dem warmen Getränk angefüllt, lehnte er sich mit seinem Stuhl an die Wand und forderte mich auf, zu trinken und lustig zu sein.

„Aber sagen Sie mir, Teuerster,“ fuhr er fort, nachdem er einen tüchtigen Schluck getan, „wie kommen Sie eigentlich auf die verrückte Idee, ein Knecht zu werden? Warum studieren Sie nicht?“ — „Lieber Herr Doktor,“ entgegnete ich, „es fehlt mir an den nötigen Mitteln; ich habe keine Eltern mehr, die mich so lange unterhalten könnten.“ — „O Schwindelgänger,“ lachte der Doktor, „sehen Sie mich an! Ich habe auch schon seit langen Jahren niemand, der für mich sorgt, und helfe mir doch durch die Welt und bringe es zu etwas. Kennen Sie nicht das große Wort Pump? Das ist der Zauberpruch, der dem, der ihn richtig anzuwenden versteht, Rufen und Kasten öffnet.“

Ich versicherte ihm, ich habe noch nie etwas davon gehört, werauf er in ein brüllendes Gelächter ausbrach, einen gewaltigen Schluck von seinem Gebräu nahm und mich versicherte, wenn ich einmal besser mit ihm bekannt sei, werde ich es schon lernen. — „Aber sagen Sie mir,“ fuhr er fort, „wie es gekommen ist, daß Sie, um das edle Gewerbe eines Kaufmanns zu erlernen, gerade bei der unangenehmsten, prosaischen Branche dieses Geschäfts, beim Spegereisladen, angefangen haben?“

Ich weiß nicht, ob es die Kraft des Funken war, von dem ich, dem Beispiel des Herrn Burbus folgend, schon ein gutes Quantum verhielt, was mir so redselig und offenerzig machte, denn, ich erzählte dem Doktor zu meinem großen Ergötzen, daß ich immer beim Anblick von Kaffee und Zucker an die ferneren Meere gedacht, und von wunderbaren Ländern geträumt, mit denen ich durch den Spegereishandel in, wenn auch indirekte Verbindung trete. Diese poetische Idee, mit der Droja des Reichmehlschen Hauses zusammengehalten, lösten ihn gar komisch, und er brach aufs neue in ein homerisches Lachen aus.

„Ja, ja, Teuerster,“ sagte er endlich, „es ist wirklich schade, daß ich vor eurem Laden nicht die See ausbrettet, denn ein altes Seehund ist schon drüben, an einem jungen Stockfisch fehlt's auch nicht, und die alte Barbara würde sich als Meerjungfer gar nicht schlecht ausnehmen.“ — Durch diesen Ausfall gegen meine un-

mittelbaren und mittelbaren Vorgesetzten kam er auf die Behauptung: derselben zu sprechen, und keine Reden trugen gerade nicht dazu bei, meine Ehrfurcht vor dem Prinzipal und dessen Schwere zu steigern. Er meinte, der alte Philister sei ein guter Kerl, der aber nicht mußten dürfen, indem die „Philiste“ das Regiment drüber: sehr gut führe.

Daß der Doktor mit diesen seltsamen Ausdrücken Herrn Reichmehl und seine Schwester meinte, wurde mir erst im Verlauf des Gesprächs klar, als er vor meinem Kollegen, den er für das größte Schiff der Wüste erklärte, versicherte, dieser kommandiere das Haus allein, indem ihm die Philiste allen Willen tun müsse und, wie schon gesagt, der Philister von dieser ganz abhängig sei.

Diese Gespräche mit Herrn Burbus waren eben nicht geeignet, meine Liebe zum Handelsstand überhaupt und zum Reichmehlschen Hause insbesonbere zu befestigen. Unterdessen hatten Pfeife und Punsch ihre Wirkung nicht verfehlt, ihre unangenehmen und sehr entgegengesetzten Wirkungen auszuüben. Ehemer brachte mein Blut in Wallung, rogte meine Gedanken auf und beseligte meine Sinne, wogegen der Tabak lähmend auf mich wirkte. Ich fühlte mich plötzlich von einer unermesslichen Angst befallen, welche mir die Schweißtropfen auf die Stirn trieb; ich empfand eine entsetzliche Uebelkeit, und als ich aufstand und den Herrn Doktor Burbus stammelnd versicherte, ich müßte jetzt nach Haus, sah ich das ganze Zimmer im Kreise mit mir herumzudrehen. Es kam mir vor, als seien die Figuren an den Wänden lebendig geworden und zögen mit unaufhörlichem, seltsamen Saufen an mir vorbei. Das Gerippe in der Ecke schien zu wandern und sah viel unheimlicher aus als früher. Selbst mein gutmütiger Wirt, der vor mir stand und aus vollem Halse lachte, erschien mir wie ein böser Geist, und mit geheimen Entsetzen suchte ich während des Fenster, um meine lustige Wanderung anzutreten. Doktor Burbus redete mir vergeblich zu, ich solle die Nacht bei ihm bleiben, indem ich mich in einem Zustande befände, der eine solche Rückpartie etwas gefährlich mache. Ich hörte nicht auf ihn; da ich aber das Brett vors Fenster und ich kletterte wieder hinauf, als mich aber die frische Nachtluft umwehte und ich über dem Abgrund schwebte, fing ich an laut zu weinen und bekam einen solchen Schwindel, daß ich mich am Brett festklammerte und weder vor- noch rückwärts wollte.

Aus diesem demwürdigen Augenblick, wo es plötzlich in meinem Innern sehr dunkel und häßlich wurde, erinnere ich mich, aber ziemlich undeutlich, daß der Doktor hinter mir laut fluchte und schimpfte; bald aber fühlte ich, wie er mit dem Stock auf den Teil meines Körpers schlug, den ich ihm entgegenstreckte, und so oft ich einen Schlag erhalte, rutschte ich eine Strecke weiter. Endlich spürte ich eine wärmere Luft, die mich umgab, ich purzelte auf den Boden meines Zimmers und schlief flugs ein. Meine Blase war aber noch nicht zu Ende; ich fühlte mich gerüttelt und geschoben, und als ich mühsam meine Augen aufregelte, sah ich eine Gestalt vor mir, die ich anfangs für das Gerippe des Doktor Burbus hielt. Bald aber erkannte ich meinen Kollegen Philipp, der mich kausend und wehklagend zu Bette brachte, und darauf kam ich in einen festen Schlaf.

(Fortsetzung folgt.)

